

Beschlussvorlage

zur Behandlung im: **Gemeinderat**

Vorberatung im: **Planungsausschuss**
Verkehrsplanungs- und Umweltausschuss

Betreff: Entwicklung südliches Stadtzentrum
Europaplatz/Zinserdreieck – GVFG-Maßnahmen und Bebauungsplan

Bezug:

- Anlagen:
1. Lageplan der GVFG-Maßnahmen – östlicher Teil
 - 1.a Lageplan der GVFG-Maßnahmen – westlicher Teil
 2. Busbereitstellung für ZOB
 - 2.a Busbereitstellung für ZOB und Reisebusse
 3. Entwurf Neuordnung Europaplatz, Preis 1, Variante 2
 4. Geltungsbereich Bebauungsplan „Europaplatz/Zinserdreieck“
-

Beschlussantrag:

1. Die Busbereitstellungsplätze werden auf dem derzeitigen Grundstück der DB an der Europastraße angelegt. Die Verwaltung wird beauftragt, diese Fläche von der DB zu erwerben und Planungen für die künftige Nutzung auszuarbeiten.
2. Für die Bearbeitung der derzeit ruhenden GVFG-Anträge „Busbeschleunigung“, „Busbereitstellungsplätze“ und „Bushaltestellen Europastraße/Derendinger Allee“ werden überplanmäßig 35.000 € für Honorarkosten bereitgestellt.
3. Das Bebauungsplanverfahren „Europaplatz/Zinserdreieck“ soll weitergeführt werden. Die Verwaltung wird beauftragt, Vorbereitungen für die Durchführung einer Bürgerversammlung zur Entwicklung im Bereich östliche Altstadt / südliches Stadtzentrum zu treffen.

Finanzielle Auswirkungen		Jahr: 2008	Folgej.:
Investitionskosten:	ca. 5.000.000 €	35.000 €	ca. 5.000.000 €
bei HHStelle veranschlagt:			
Aufwand / Ertrag jährlich	€	ab:	

Ziel:

Das südliche Stadtzentrum soll aufgewertet werden. Deshalb sollen der Europaplatz und der derzeitige Zentrale Omnibusbahnhof neu geordnet sowie die Verkehrsführung im südlichen Stadtzentrum zur Busbeschleunigung geändert werden.

Dazu ist es erforderlich, das Bebauungsplanverfahren „Europaplatz/Zinserdreieck“ weiterzuführen und als erste Bausteine drei ruhende GVFG-Anträge zu reaktivieren und umzusetzen. Die erforderlichen Busbereitstellungsplätze sollen auf dem derzeitigen DB-Gelände hergestellt werden.

Begründung:

1. Anlass / Problemstellung

Die städtebauliche und verkehrliche Situation am Europaplatz und Zinserdreieck ist seit vielen Jahren unbefriedigend und mangelhaft. Von 1982 bis 2002 wurden Planungen betrieben und teilweise umgesetzt (z.B. die Steinlach-Unterführung und das Gebäude Europaplatz 1-7). Es wurden drei GVFG-Anträge für den ÖV gestellt.

Die Entwicklung des südlichen Stadtzentrums soll fortgesetzt werden, indem die seit dem Jahr 2003 ruhenden GVFG-Anträge reaktiviert werden. Dabei soll die Planung der Busbereitstellungsplätze geändert werden.

Auch die Neuordnung des Europaplatzes soll wieder aufgenommen werden. Investoren zeigen Interesse, die Neubebauung am Europaplatz zu realisieren.

2. Sachstand

a) Bebauungsplanverfahren

Bereits 1987 wurde ein Aufstellungsbeschluss für einen Bebauungsplan gefasst mit folgenden städtebaulich-gestalterischen und verkehrsplanerischen Zielen (Vorlage 110/87):

- neue Gebäude am westlichen Eingangsbereich der Steinlachunterführung und auf dem Grundstück der Post (beides ist zwischenzeitlich realisiert)
- Umorganisation und gestalterische Aufwertung des Zentralen Omnibusbahnhofs (ZOB) : Bushaltestellen in Längsaufstellung um eine einzige Warteinsel
- Herausnahme der Karlstraße aus dem MIV-Netz und gestalterische Aufwertung des Straßenraumes
- MIV-Gegenverkehr in der Friedrichstraße
- direkte Führung des ÖV von Süden zum ZOB über eine Busspur in der Poststraße
- Verbindung L 370 – Poststraße über nördliche Europastraße und neu zu bauende Verbindung im Osten des Europaplatzes (zwischenzeitlich realisiert)
- niveaugleiche Fuß- und Radwegeführung über die Poststraße in die Steinlachunterführung (zwischenzeitlich realisiert), gesonderte Trassenführungen in der Karlstraße bis zur Einmündung Uhlandstraße
- Radwegeverbindung in der Europastraße herstellen

Die frühzeitige Bürgerbeteiligung und Beteiligung der Behörden wurde durchgeführt. Zur Sicherung galt von 1988 bis 1991 eine Veränderungssperre.

Die Planungen zur Entwicklung des südlichen Stadtzentrums wurden seit 1992 verstärkt betrieben (siehe Chronologie in Vorlage 274/02) zur

- städtebaulichen und stadtgestalterischen Aufwertung,
- Stärkung der Zentralitätsfunktion der Stadt Tübingen und ihres Stadtzentrums,
- Verbesserung der Abwicklung des ÖV und IV.

Seit dem Jahr 2002 war mit dem Ruhen der GVFG-Anträge auch die weitere städtebauliche Planung zurückgestellt worden.

b) Verkehrsführung

Umfangreiche Untersuchungen zur Verkehrsführung im südlichen Stadtzentrum wurden 1997 mit dem Beschluss der Aufhebung des Einrichtungsverkehrs im „Zinser-Dreieck“ abgeschlossen (Vorlagen 1/97 und 1e/97). Zukünftig soll der MIV im Gegenverkehr durch die Poststraße und Friedrichstraße geführt werden. Die An- und Abfahrt des Zentralen Omnibusbahnhofs (ZOB) sollen jeweils im Busgegenverkehr über die Poststraße und die Karlstraße direkt ohne Umrundung des „Zinser-Dreiecks“ erfolgen. Die dadurch erzielbare Busbeschleunigung ist fahrgastfreundlich und wirkt sich so positiv auf die Betriebskosten des SVT aus, dass die Stadt am 30.03.2001 den Antrag auf GVFG - Förderung des Landes stellte. Nach dem damaligen Konditionen – 85% Zuschuss auf die förderfähigen Kosten - war bei 2.585.091 € Baukosten mit einer Zuwendung in Höhe von 1.551.080 € zu rechnen, was für die Stadt einen aufzubringenden Kostenanteil von 1.034.011 € bedeutete (Vorlage 118/2001).

Am 13.01.2003 wurde dem Gemeinderat mitgeteilt, dass die Stadt mit dem Regierungspräsidium das Ruhen des GVFG-Antrags vereinbart habe, weil die seit 2001 eingeplanten erforderlichen Haushaltsmittel in der mittelfristigen Finanzplanung nun nicht mehr enthalten seien (Vorlage 274/2002).

c) Busbereitstellungsplätze

Bereits in Vorlage 233/2000 wurde die Notwendigkeit der Herstellung von Busbereitstellungsplätzen in der Nähe des ZOB ausführlich begründet. An dieser Notwendigkeit hat sich bis heute nichts geändert. Um die geplante Neuordnung des ZOB einzuleiten und bereits heute bestehende Mängel zu beheben, wurde am 30.03.2001 als weitere GVFG-Förderung die Herstellung von 8 Busbereitstellungsplätzen entlang der südlichen Europastraße beantragt (Vorlage 118/2001). Für diese Maßnahme wäre es erforderlich gewesen, die Straße um ca. 4,50 m in den Park hinein zu verlegen. Die Untersuchung einer Planungsalternative – die Herstellung der Busbereitstellungsplätze auf dem DB-Parkplatz zwischen Europastraße und Bahngleisen – verlief negativ (Vorlage 233a/2000).

Die Kalkulation sah Baukosten von 934.130 € vor, die Zuwendung hätte wahrscheinlich ca. 750.550 € betragen, wodurch 183.580 € von der Stadt zu tragen gewesen wären. Dieser GVFG-Antrag ruht wegen fehlender Finanzierung der Komplementärmittel seit Ende 2002.

d) Bushaltestellen

Als dritte GVFG-Maßnahme wurde am 30.03.2001 die Bezuschussung von Bushaltestellen Europastraße/Derendinger Allee beantragt. Von geschätzten Baukosten von 287.857 € wären nach einer Zuwendung in Höhe von 220.775 € bei der Stadt 67.082 € verblieben (Vorlage 118/2001). Diese Bushaltestellen sollten insbesondere der Erschließung der Schulen im westlichen Teil des Anlagenparks dienen. Der GVFG-Antrag ruht.

e) Neuordnung Europaplatz

Im Jahr 1998 wurde ein offener städtebaulicher Realisierungswettbewerb durchgeführt und von 74 eingereichten Arbeiten 5 Entwürfe preisgekrönt. Nach Prüfung der Preise 1 bis 5 auf technische Realisierbarkeit wurde mit den Preisen 1, 2 und 5 ein breit angelegtes Bürgerbeteiligungsverfahren durchgeführt. Der Entwurf des 1. Preises wurde durch die Bürgerinnen und Bürger sowie den Gemeinderat bestätigt (Vorlagen 56/99, 149/99).

Nach Untersuchung von drei Varianten des 1. Preises entschied sich der Gemeinderat am 24.07.2000 für den Zentralen Omnibusbahnhof mit 12 Regel- und 4 Reservebussteigen sowie für die oberirdische Führung des MIV (Vorlage 222/00).

f) Investorenbebauung

Die Projektgemeinschaft J. Eble Architektur/Strabag/ecom.AG hatte der Verwaltung eine Konzeption für die Investorenbebauung vorgelegt. Nach Vorinformation des Gemeinderats mit Schreiben vom 01.08.2005 wurde die Planung am 24.10.2005 im Planungsausschuss vorgestellt. Sowohl die bauliche Struktur als auch das Nutzungskonzept – Regional- und Kulturkaufhaus / Handel und Gastronomie / Gesundheitshaus / Dienstleistungen / Wohnen – entsprachen den Entwicklungszielen des südlichen Stadtzentrums. Das von den Investoren vorgeschlagene Verkehrskonzept für Zufahrt und Anlieferung war jedoch mit der Europaplatzplanung nicht kompatibel.

3. Lösungsvarianten

a) Bebauungsplanverfahren

Für die Umsetzung der Planung muss das Bebauungsplanverfahren fortgeführt werden. Seit der Durchführung des städtebaulichen Realisierungswettbewerbs „Neuordnung Europaplatz“, wurden die städtebaulichen Ziele ergänzt, der Geltungsbereich des Plangebietes musste angepasst werden.

Das Land Baden-Württemberg hat inzwischen eine Verwaltungsreform durchgeführt und Behörden im neuen Landratsamt in den Mühlbachäckern zusammengelegt. Das ehemalige Gesundheitsamt steht seitdem leer. Da es sich bei diesem Grundstück um eine sinnvolle Ergänzung der Investorenfläche am Europaplatz handelt, hat die Stadt Gespräche mit dem Land wegen des Grunderwerbs aufgenommen. Die strategische Bedeutung des Grundstücks ist durch seine Lage am Rande des Parks am Anlagensee und die Nachbarschaft zur geplanten Investorenfläche begründet. Es bietet sich die Chance, dieses Baufenster entsprechend zu erweitern. Im Bereich dieser Grundstücke wird sich aber auch zukünftig ein wichtiger Eingang in den Park befinden. Gleichzeitig muss die Erschließung, Andienung und Anlage der notwendigen Stellplätze für die Grundstücke gewährleistet sein. Art und Maß der baulichen Nutzung müssen aufeinander und mit der Umgebung abgestimmt werden.

Aus diesem Grund soll die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden mit einem erweiterten Geltungsbereich des Bebauungsplans nochmals durchgeführt werden.

Der FNP, der für den Europaplatz überwiegend Verkehrsfläche und für das ehemalige Gesundheitsamt „Flächen für den Gemeinbedarf – öffentliche Verwaltungen“ ausweist, muss den geplanten zukünftigen Nutzungen entsprechend geändert werden.

b) Verkehrsführung

Nachdem die Änderung der Verkehrsführung gemäß Variante B 1997 und nochmals 2000 beschlossen worden war, kein Teilnehmer des Realisierungswettbewerbs „Neuordnung Europaplatz“ eine davon abweichende Verkehrsführung vorgeschlagen bzw. die Machbarkeit nachgewiesen hatte und der SVT auch heute die Sinnhaftigkeit und technische Machbarkeit der Maßnahme voll bestätigt, sollte die Umsetzung als erster Baustein der Neuordnung erfolgen. Dies sollte so bald wie möglich erfolgen, damit die mit der GVFG-Förderung verbundene und vom Regierungspräsidium geforderte Erfolgskontrolle der Busbeschleunigung 1 Jahr nach der Fertigstellung durchgeführt werden kann.

Der ruhende GVFG-Antrag soll reaktiviert werden. Dazu sind noch offene Fragen des Regierungspräsidiums zu klären und der Antrag zu ergänzen. Es soll ein entsprechender Auftrag an das Ingenieurbüro Pirker + Pfeiffer erteilt werden, das bereits den ursprünglichen GVFG-Antrag für die Stadt gefertigt hat. Das Honorar wird verwaltungsintern auf 10.000 € brutto geschätzt.

Die Baudurchführung soll möglichst bald mit den Betroffenen im südlichen Stadtzentrum abgestimmt und festgelegt werden.

c) Busbereitstellungsplätze

Die Stadt hat seit dem Jahr 2002 Verhandlungen mit der DB geführt und erreicht, dass die Fläche zwischen Europastraße und Bahngleisen westlich des Bahnübergangs der Ammertalbahn als für Bahnzwecke entbehrlich erklärt wurde. Diese Fläche ist von ihrem Zuschnitt für die Anlage eines Parkplatzes für Bereitstellungsbusse geeignet, es muss jedoch eine neue Zufahrt auf das Gelände geschaffen werden, damit Verkehrsprobleme im Bereich des Bahnübergangs vermieden werden.

Das Grundstück mit einer Fläche von 3.900 m² wurde der Stadt für 117.000 € (30 €/m²) angeboten. Für die Flächenfreimachung wurden von der DB zusätzlich ca. 140.000 € veranschlagt. Die Kosten für die Zufahrt und die schwerverkehrstaugliche Befestigung des Platzes sind verwaltungsintern auf 800.000 € geschätzt. Der Kauf des Grundstücks kann zuschussunschädlich sofort erfolgen. Alle anderen Aufwendungen sind Maßnahmen, für die der GVFG-Zuschussbescheid vor Baubeginn vorliegen muss.

Die Konzeptskizze zeigt, dass auf der Fläche 14 Gelenkbusse und 14 Normalbusse untergebracht werden können. Der ruhende GVFG-Antrag sah 8 Bereitstellungsplätze entlang der südlichen Europastraße vor, dies war die maximal dort unterzubringende Anzahl von Plätzen. Die Anzahl der tatsächlich benötigten Busbereitstellungsplätze für den Linienverkehr ist vermutlich größer und im Rahmen des nun zu überarbeitenden GVFG-Antrags zu ermitteln.

Der Busparkplatz wäre durch einen Aufenthaltsraum und eine WC-Anlage für die Busfahrer zu ergänzen.

Die Planung sieht vor, die zu erwerbende DB-Fläche so aufzuteilen, dass Busplätze, die nicht als Bereitstellungsplätze für den Linienverkehr benötigt werden, als Parkplätze für Reisebusse, die oftmals mehrere Stunden warten müssen, ausgewiesen werden. Der Ein- und Ausstieg dieser Fahrgäste könnte an geeigneten Stellen im Stadtgebiet, z.B. am Hauptbahnhof erfolgen.

Die Planung hat gegenüber den bereits beschlossenen Bereitstellungsplätzen entlang der Europastraße den Vorteil, dass der Eingriff in den Park am Anlagensee nicht erfolgen muss. Der GVFG-Antrag wäre jedoch zu ändern, wofür ein Honorarangebot von 18.200 € vorliegt.

d) Bushaltestellen

Auch der GVFG-Antrag zur Einrichtung der Bushaltestellen Europastraße/Derendinger Allee soll wieder aufgenommen werden. Als Honorarkosten sind 6.700 € brutto von der Verwaltung kalkuliert.

Die Verwaltung hat ein erstes Gespräch mit dem Regierungspräsidium über die Wiederaufnahme der GVFG-Anträge geführt. Dabei wurde deutlich, dass das Antragsverfahren noch vor der Aufnahme in das Programm gestoppt wurde, was nun dazu führt, dass bei der Wiederaufnahme die neuen Förderrichtlinien gelten und sich der Antrag in die derzeit gestellten Verfahren einreihen muss.

e) Neuordnung Europaplatz

Nachdem der städtebauliche Realisierungswettbewerb „Neuordnung Europaplatz“ nun 9 Jahre zurückliegt, sind die im Auslobungstext formulierten Ziele der Planung zu hinterfragen und ggf. zu aktualisieren.

Die städtebaulichen Zielvorgaben des Wettbewerbs – Auflösung der ZOB-Insellage/ „Empfangsraum“ Europaplatz / Platz- und Wegebeziehungen / historische Achse Bahnhof-Burse / Beziehung zwischen Stadt und Park – gelten noch heute. Die damals im Bau befindliche Postunfallkasse mit ihrer Passage vom Europaplatz zur Karlstraße sollte berücksichtigt werden. Heute würde in den Auslobungstext das ehemalige Gesundheitsamt und evtl. das ehemalige Staatliche Vermessungsamt aufgenommen werden, die jedoch beide derzeit nicht im Eigentum der Stadt sind.

Auf der Investorenfläche waren Nutzungen gewünscht, die zur Stärkung der Kaufkraftbindung beitragen. Es sollten Flächen geboten werden für die Ansiedlung neuer, das Tübinger Stadtzentrum stärkender und tags wie abends belebender Nutzungen. Genannt wurden: Einzelhandels- und Dienstleistungsbetriebe, Bildungs- und Unterhaltungseinrichtungen (z.B. Kinos), Gastronomie- und Beherbergungsbetriebe, evtl. Wohnungen. Es sollten keine Vergnügungsstätten, Spielhallen o. Ä. angesiedelt werden. Als wünschenswert wurde ein Kaufhaus genannt. Es sollten größere, zusammenhängende Bauflächen mit mindestens 13.500 m² Bruttogeschossfläche nachgewiesen werden. Da noch kein Investor gefunden war, war eine möglichst flexible Konzeption gefordert, die durch einen oder mehrere Investoren verwirklicht werden könnte.

Heute würden von dem genannten möglichen Nutzungskonzept die Kinos entfallen, da der Bedarf soweit gedeckt ist. Um auch im südlichen Stadtzentrum eine etwas ausgewogenere Nutzungsmischung zu erhalten, wäre heute das Wohnen ausdrücklich erwünscht. Die Schulen haben in der Zwischenzeit durch die Ganztagesbetreuung eine stärkere Bedeutung bekommen und würden in der Auslobung sicherlich deutlicher hervorgehoben.

Für den ÖV hat der SVT die Maßgaben, wie sie im Auslobungstext genannt sind, auch für die heutigen Anforderungen voll bestätigt. Ergänzend würde heute zusätzlich aus betrieblich-organisatorischen Gründen gewünscht, dass die Bussteige im ZOB so angeordnet sein sollen, dass die Busfahrer untereinander Blickkontakt aufnehmen können. Diese Vorgabe hat große Auswirkungen auf die Form des ZOB. Der SVT hält den 1. Preis für den besten Entwurf, weil die umsteigefreundliche Nähe zum Hauptbahnhof, die flexibel belegbare große Warteinsel und die betrieblich gewünschte Übersichtlichkeit hier am besten erfüllt sind. Es wäre lediglich zu prüfen, ob der ZOB nicht um 2 Plätze gekürzt werden könnte. Für das städtebaulich/verkehrliche Konzept ist dies unschädlich.

Im Ergebnis zeigt die Prüfung des Auslobungstextes, dass die wesentlichen Anforderungen an den Entwurf auch heute noch gelten. Der vom Gemeinderat zur weiteren Bearbeitung beschlossene 1. Preis erfüllt nicht nur die Bedingungen der Auslobung, er wurde auch in einer mehrstufigen breit angelegten Bürgerbeteiligung voll bestätigt.

Der Entwurf besitzt in seiner klaren städtebaulichen Struktur eine zukünftige Flexibilität. Es könnte ein attraktives Stadtquartier am Park entstehen, das keine Rückseiten aufweist. Dies bedeutet besondere Anforderungen an die Architektur, jedoch auch einen großen Gewinn für die Benutzbarkeit der umgebenden öffentlichen Räume. Die Aufwertung des Bahnhofsvorplatzes mit dem kompakten vorgelagerten ZOB sowie die klare Definition von bebauter Fläche und öffentlicher Grünfläche mit der historischen Achse als Begrenzung und Fuge werden sich städtebaulich auch langfristig als tragfähig erweisen.

f) Investorenbebauung

Die Verwaltung hat den Entwurf des 1. Preises in Abstimmung mit dem Wettbewerbsgewinner so überarbeitet, dass die Realisierung des städtebaulichen Konzeptes auch ohne den Bau der Tiefgarage unter dem ZOB – bislang von vielen Investoren abgelehnt - möglich ist.

Gespräche mit möglichen Investoren wurden wieder aktiviert. Dabei gewann die Planung der Neubebauung mit Tiefgarage unter dem ZOB seitens der Investoren wieder an Aktualität.

4. Vorschlag der Verwaltung

Die ruhenden GVFG-Anträge sollten schnellstmöglich reaktiviert werden. Nur so kann die Busbeschleunigung, die zur Attraktivitätssteigerung des ÖV und zu betriebswirtschaftlichen Einsparungen im Linienverkehr führt, umgesetzt und der Erfolg in der folgenden Zeit geprüft werden. Damit wäre auch die Basis für die Neuordnung des Europaplatzes geschaffen.

Da die bereits durchgeführten Bürgerbeteiligungsverfahren viele Jahre zurück liegen, soll zu den grundsätzlichen Zielen der Entwicklung im Bereich östliche Altstadt / südliches Stadtzentrum eine Bürgerversammlung durchgeführt werden.

5. Finanzielle Auswirkungen

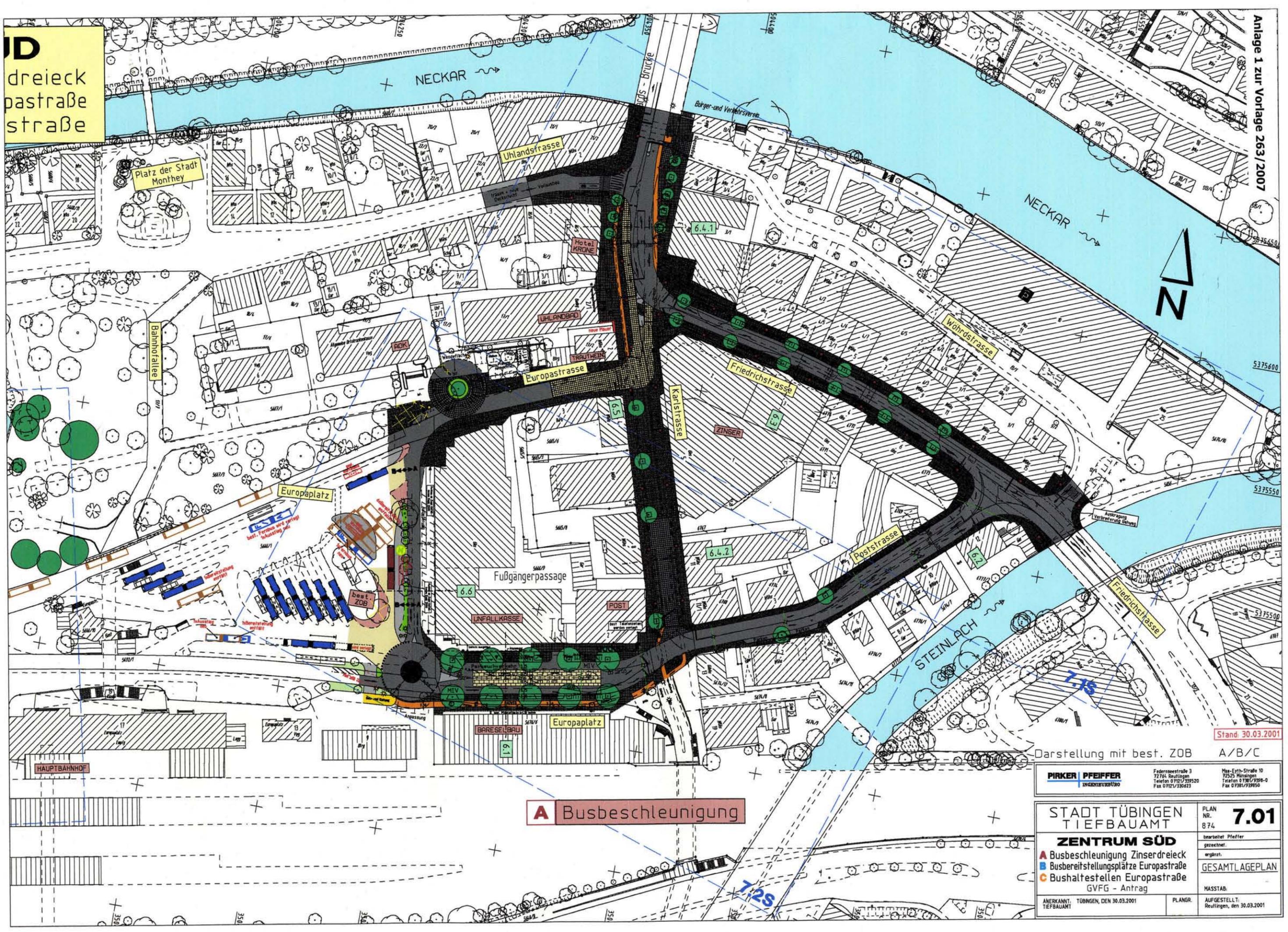
Für die drei GVFG-Anträge sind in der Summe 35.000 € an Honorarkosten aufzubringen, die als überplanmäßige Ausgabe unter der HH-Stelle 2.7921.9610000-0103 einzustellen wären. Die Deckung erfolgt durch Mehreinnahmen bei der HH.-Stelle 2.7921.3610.000-0101 (2007 nicht eingeplante Zuschussmittel für die Erstausrüstung der Haltestellen im Zuge der Einrichtung des Verkehrsverbundes Naldo) in Höhe von 68.000 €.

6. Anlagen

1. Lageplan der GVFG-Maßnahmen – östlicher Teil
 - 1.a Lageplan der GVFG-Maßnahmen – westlicher Teil
2. Busbereitstellung für ZOB
 - 2.a Busbereitstellung für ZOB und Reisebusse
3. Entwurf Neuordnung Europaplatz, Preis 1, Variante 2
4. Geltungsbereich Bebauungsplan „Europaplatz/Zinserdreieck“

D
dreieck
pastraße
straße

Anlage 1 zur Vorlage 263/2007



A Busbeschleunigung

PIKER PFEIFFER
INGENIEURBÜRO
Ferdinandstraße 3
72744 Reutlingen
Telefon 0 71 41 339520
Fax 0 71 41 330623

Max-Eyth-Strasse 10
72525 Münsingen
Telefon 0 71 361 9398-0
Fax 0 71 361 939850

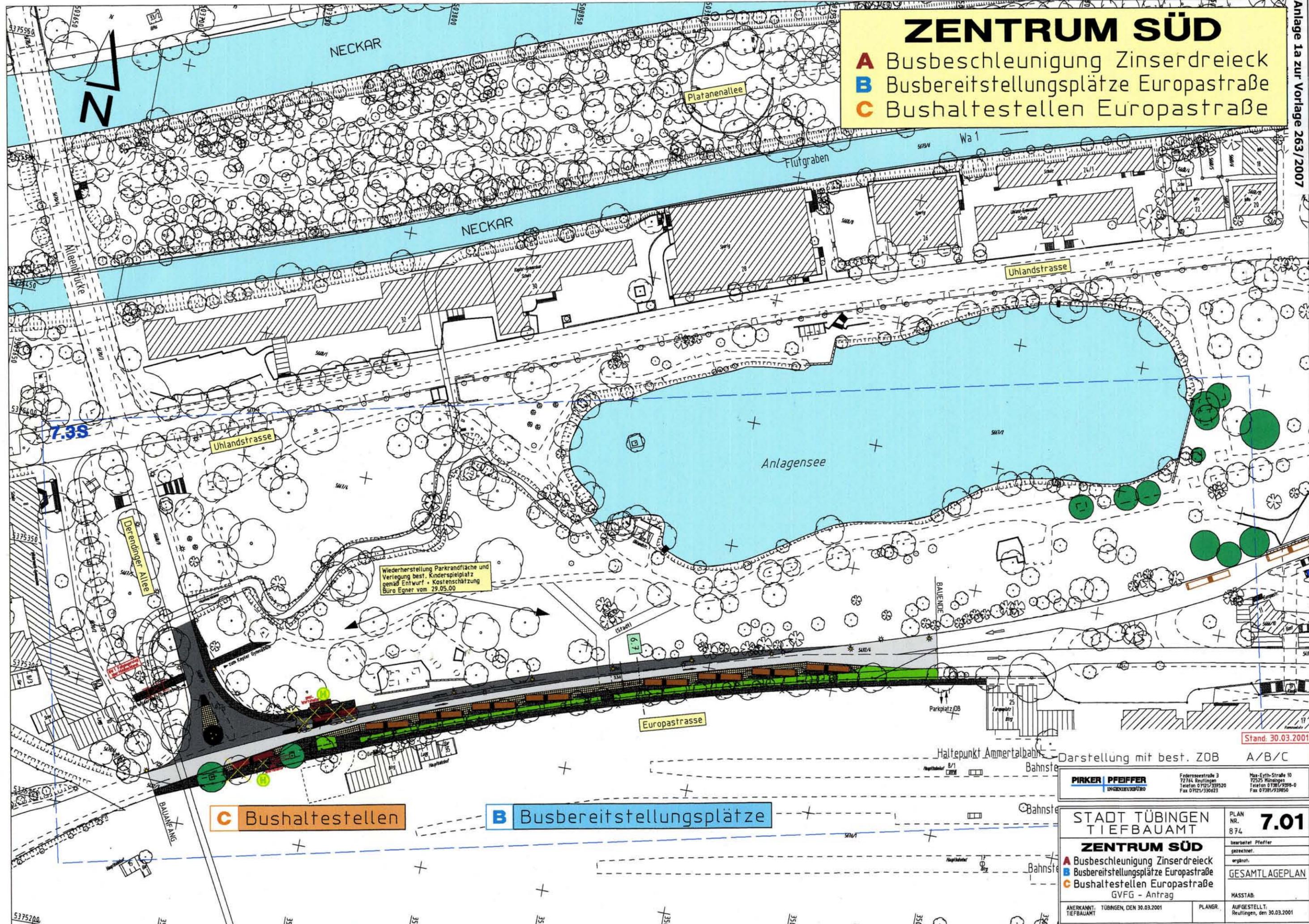
STADT TÜBINGEN TIEFBAUAMT		PLAN NR. 874	7.01
ZENTRUM SÜD		bearbeitet: Pfeiffer gezeichnet: ergänzt:	
A Busbeschleunigung Zinserdreieck B Busbereitstellungsplätze Europastraße C Bushaltestellen Europastraße GVFG - Antrag		GESAMTLAGEPLAN	
ANERKANNT: TÜBINGEN, DEN 30.03.2001 TIEFBAUAMT		PLANGR.	AUFGESTELLT: Reutlingen, den 30.03.2001

Stand: 30.03.2001

Darstellung mit best. ZOB A/B/C

ZENTRUM SÜD

- A** Busbeschleunigung Zinserdreieck
- B** Busbereitstellungsplätze Europastraße
- C** Bushaltestellen Europastraße



Stand: 30.03.2001

PIRKER PFEIFFER
INGENIEURBÜRO
Friedr.straße 3
72744 Reutlingen
Telefon 0 71 41 339520
Fax 071 41 330423

Max-Eyth-Str. 10
72735 Wünnigen
Telefon 0 71 41 9398-0
Fax 0731 939850

STADT TÜBINGEN TIEFBAUAMT		PLAN NR. 874	7.01
ZENTRUM SÜD		bearbeitet Pfeiffer gezeichnet ergänzt	
A Busbeschleunigung Zinserdreieck B Busbereitstellungsplätze Europastraße C Bushaltestellen Europastraße		GESAMTLAGEPLAN	
GVFG - Antrag		MASSTAB:	
ANERKANNT: TIEFBAUAMT	TÜBINGEN, DEN 30.03.2001	PLANGR.	AUFGESTELLT: Reutlingen, den 30.03.2001

C Bushaltestellen

B Busbereitstellungsplätze

Darstellung mit best. ZOB A/B/C



Busbereitstellung für ZOB

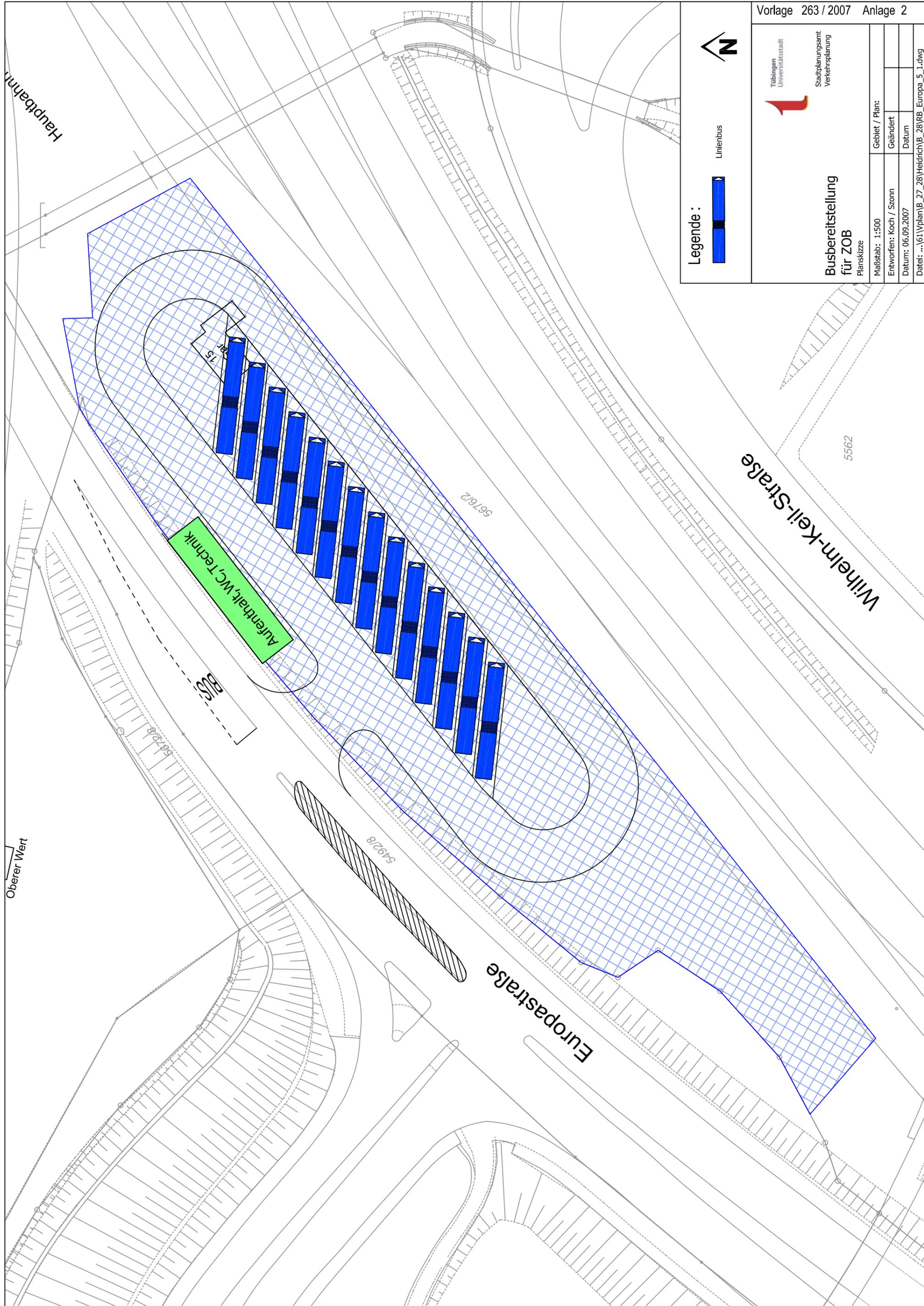
Planskizze

Maßstab: 1:500	Gebiet / Plan:
Entworfen: Koch / Szonn	Geändert
Datum: 06.09.2007	Datum
Datei: ...\\61\\Vplan\\B_27_28\\Heidrich\\B_28\\RB_Europa_5_1.dwg	

Legende :



Linienbus





Stadtplanungsamt
Verkehrsplanung

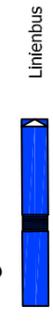
Busbereitstellung für ZOB und Reisebusse

Planskizze

Maßstab: 1:500	Gebiet / Plan:
Entworfen: Koch / Szonn	Geändert
Datum: 06.09.2007	Datum
Datei: ...\\61\\plan\\B_27_28\\Heidrich\\B_28\\RB_Europa_4_1.dwg	

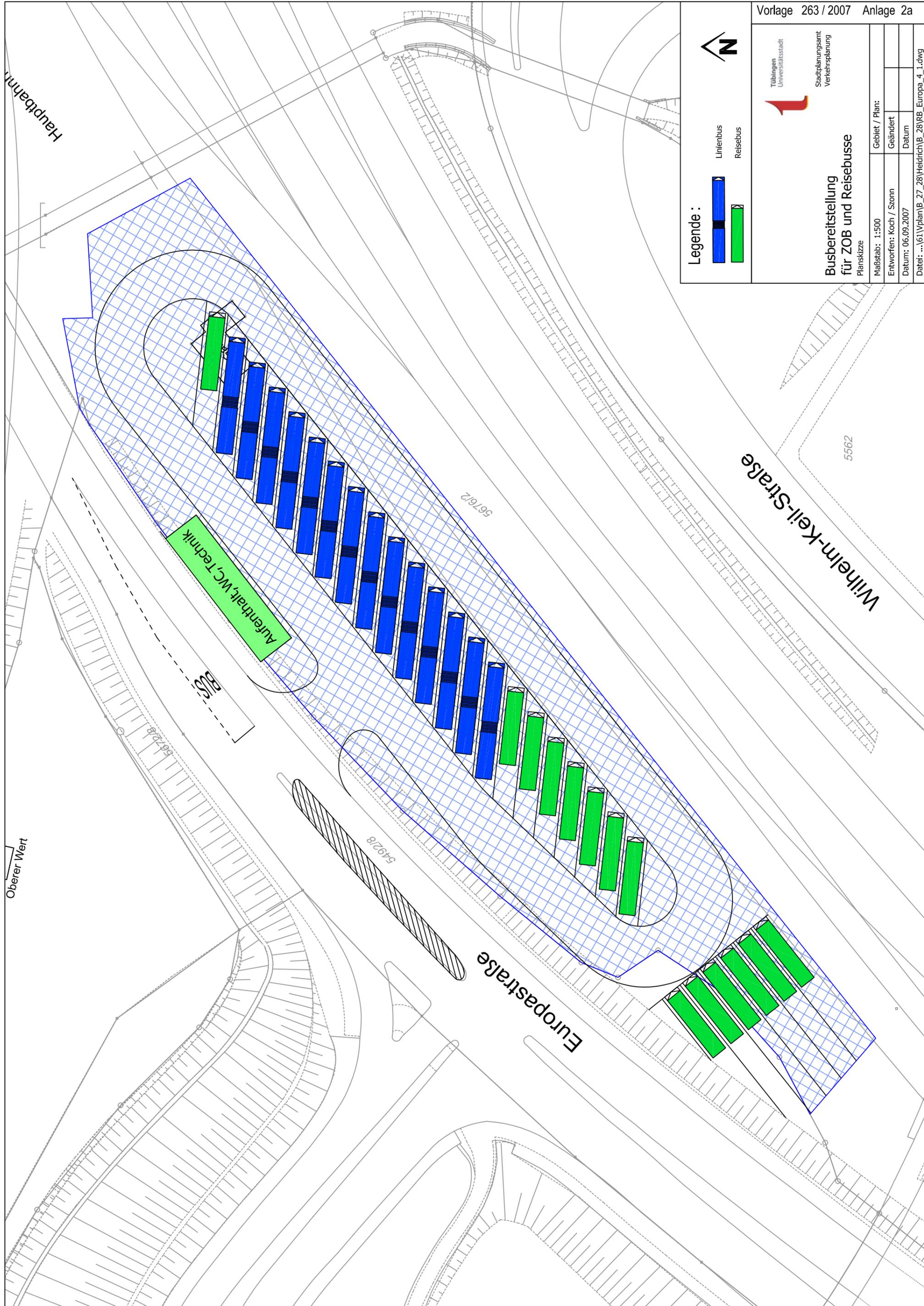


Legende :



Linienbus

Reisebus



Oberer Wert

Hauptbahn

BUS

Aufenthalts-WG, Technik

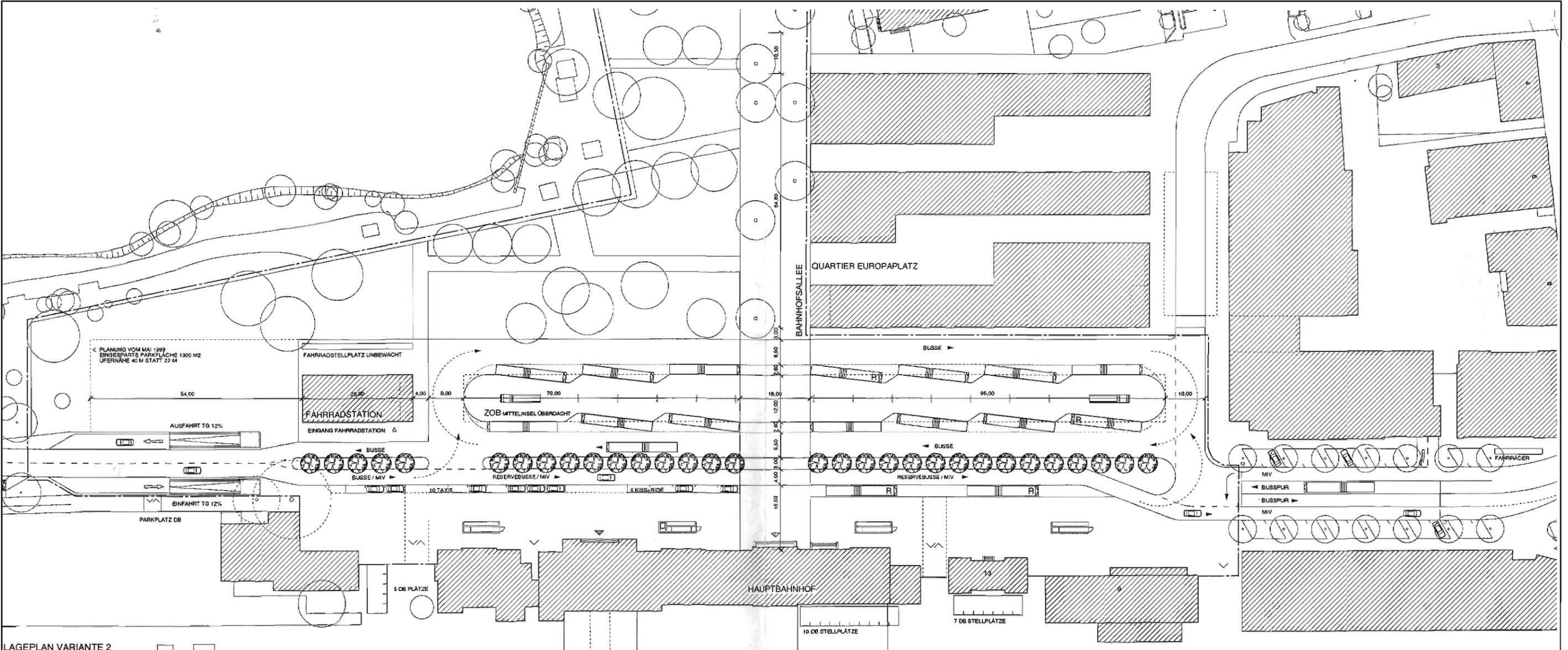
Europastraße

Wilhelm-Kell-Straße

549218

56762

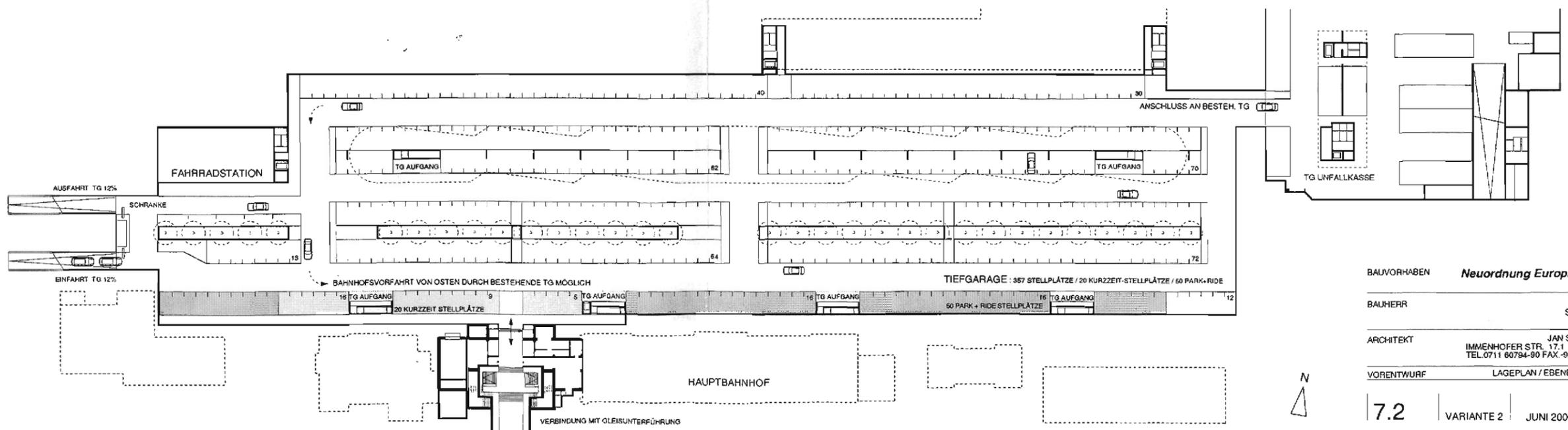
5562



LAGEPLAN VARIANTE 2

LEGENDE

- EUROPAPLATZ, IN KOSTENSCHÄTZUNG ENTHALTEN
- FAHRRICHTUNG
- EINGANG BAHNHOF
- ZUFAHRT DB STELLPLÄTZE FEUERWEHRZUFAHRT RETTUNGSFAHRZEUGE
- ANLIEFERUNG
- TG AUFGANG MIT INFORMATION WARTEN ETC.
- PARK+RIDE STELLPLÄTZE
- KURZZEIT-STEILLPLÄTZE
- RESERVEBUS



TIEFGARAGE VARIANTE 2

BAUVORHABEN **Neuordnung Europaplatz Tübingen**

BAUHERR STADT TÜBINGEN
STADTPLANUNGSAMT

ARCHITEKT JAN SPREEN, ARCHITEKT
IMMENHOFER STR. 17 | 70180 STUTTGART
TEL 0711 60784-90 FAX -92 | jan.spreen@idnet.de

VORENTWURF LAGEPLAN / EBENE -> MIT TIEFGARAGE

7.2 | VARIANTE 2 | JUNI 2000 | M. 1:1000

Anlage 3 zur Vorlage 263/2007

